

Zur Rolle der Sprache
für die Zukunft
der Volksparteien

Sprichst Du Volkspartei?

Michael Borchard

Die einstige Liebe scheint erkaltet. Die Beziehung ist gestört. Man hat sich auseinandergelebt und nicht mehr so schrecklich viel zu sagen. Man weiß kaum noch, was der andere denkt, und hört sich auch gegenseitig nicht mehr so besonders intensiv zu. Aber man weiß, dass man noch immer irgendwie aufeinander angewiesen ist.

Was sich wie das nüchterne Protokoll einer vom Scheitern bedrohten Eheberatung anhört, ist in Wahrheit die Auffassung der Niedergangspropheten von Peter Lösche über Jürgen Falter bis Franz Walter zur Zukunft der Volksparteien. Mit ihren tatsächlichen oder vermeintlichen Erkenntnissen über zurückgehende Mitgliederzahlen, niedrige Wahlbeteiligungen, hohe Wählervolatilität, abnehmende Bindung ließen sich inzwischen ganze Bibliotheken füllen, in der sich allerdings kein einziger ernst zu nehmender „Band“ befindet, der deutlich macht, was in der parlamentarischen Demokratie in Deutschland an die Stelle der Volksparteien treten könnte.

Und noch ein anderer Platz in den Bücherregalen dieser „Niedergangsbibliothek“ ist überraschend leer und mit nur wenigen Erkenntnissen gefüllt: Nämlich die Frage, welchen Anteil die politische Kommunikation, die politische Sprache an einer gewissen Entfremdung von Volk und Volkspartei hat. Sprechen wir noch Volkspartei? Wie sprechen die Volksparteien? Vor allem: Kann mit einem veränderten Kommunikationsverhalten die abgeflaute Zuneigung zwischen Volk und

Parteien wieder neu erblühen? Und steckt hinter der Skepsis gegenüber den Volksparteien nicht eher eine Skepsis gegenüber der ganzen „politischen Klasse“. In welcher Beziehung stehen die politischen Entscheidungsträger und die Bevölkerung heute wirklich, wie kommunizieren sie miteinander?

Abgehobene Politik-Sprache

In einer bemerkenswerten aktuellen Studie der Sozialwissenschaftlerin Bettina Fackelmann mit dem Titel *Sprichst Du Politik*, die in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden ist (man muss auch der Konkurrenz gelegentlich mal einen Erfolg gönnen können), wird die Perspektive der jungen Generation zwischen sechzehn und neunzehn Jahren auf die Politik beleuchtet. Die Studie, in der über 30000 Schüler befragt worden sind, zeigt, dass es erfreulicherweise eine Grundbereitschaft gibt, sich auf die Politik einzulassen und sie mitzugestalten. Aber die jungen Menschen, junge Frauen noch deutlicher als junge Männer, betrachten die gegenwärtige politische Kommunikation in beinahe dramatischem Ausmaß als kontraproduktiv. Mehr als sechzig Prozent aller Befragten unterstellen der Politik, absichtlich eine abgehobene Sprache zu sprechen und sich den Bürgerinnen und Bürgern nicht verständlich zu machen.

Offenbar ist dieses Problem nicht völlig neu: Rudolf Augstein, so zitiert ihn Wolfgang Bergsdorf in einem sehr lesenswerten Beitrag zur politischen Sprache

Konrad Adenauers, habe bereits in den 1960er-Jahren ein vernichtendes Pauschalurteil über die „deutsche Politik“ getroffen, die seit 1945 sprachlos sei. „Sie kann sich nicht artikulieren, sich nicht verständlich machen außer durch hohles Getön [...] Demokratische Diskussion entfaltet sich nicht, wenn dem Wortführer des Staates das intelligente Wort nicht zu Gebot steht.“ Wolfgang Bergsdorf hat ihm schon damals mit einem klugen Satz widersprochen, der heute genauso aktuell ist, wie die vor fünfzig Jahren geäußerte Kritik Augsteins heute in abgewandelter Form immer neu wiederholt wird. Bergsdorf schreibt: „Generalisierungen wie diese verkennen, dass die Überzeugungskraft und damit auch der Erfolg einer Politik sich weniger auf die rhetorischen Fähigkeiten ihrer Repräsentanten stützt als auf die Begriffe, die die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger bündeln und so Zustimmungsbereitschaft erzeugen helfen.“ Freilich ist die banale Erkenntnis richtig, dass diese Begriffe dann auch wirklich die Bürgerinnen und Bürger erreichen müssen, um ihre Wirkung entfalten zu können. Daraus resultiert die – im idealen Fall – symbiotische, zumindest aber synergetische Beziehung zwischen der Politik und den Medien.

Die Journalistin Tissy Bruns hat aber gerade hier einen wichtigen Kern des Problems erkannt, der deutlich macht, dass nicht alleine Politik und Politiker Verantwortung für eine gewisse Distanzierung zwischen Parteien und dem Volk tragen: „Die Politik“, so sagt sie, „ist zunehmend auf die Medien angewiesen. Aber die Medien sind zunehmend weniger auf die Politik angewiesen.“ Wer den seit Jahren zurückgehenden Anteil der Politik im Fernsehen, aber auch in den Printerzeugnissen beobachtet, kann diesem Befund kaum widersprechen.

Es beginnt vor diesem Hintergrund – holzschnittartig beschrieben – so etwas wie eine „Konfliktspirale“: Der Politiker

will für sein Projekt Aufmerksamkeit erregen. Das gelingt ihm besonders dann, wenn er ein Thema zuspitzt und damit einen Konflikt mehr oder minder kunstvoll inszeniert. Der Politikredakteur geht auf das „Spiel“ dankbar ein, denn er hat ein ähnliches Problem wie der Politiker: Für ihn wird es nicht einfacher, einen politischen Beitrag im Blatt oder im Sendeprogramm prominent zu platzieren und seine investigativen Fähigkeiten überzeugend unter Beweis zu stellen. Also dreht auch er die Schraube noch etwas weiter an und macht seinen Beitrag interessanter! So werden Detailangelegenheiten zu bestimmenden Themen hochgespielt, der eigentliche Kern des Themas gerät in den Hintergrund! Für den politisch interessierten Bürger wird das ohnehin komplexe „Spiel“ der politischen Auseinandersetzung noch weniger durchschaubar. Es erweckt den Anschein eines Streites um des Kaisers Bart.

Keine Lust auf Meinungsstreit

Gerade diese Konfliktspirale läuft allerdings einer deutlich wachsenden Einstellung bei den Bürgerinnen und Bürgern entgegen: In vielen demoskopischen Untersuchungen findet sich der Befund, dass die Deutschen tendenziell harmoniesüchtig sind. Konflikte werden insgesamt nicht geschätzt. Sie werden aber erst recht abgelehnt, wenn sie schwer nachvollziehbar sind und der Kern der Auseinandersetzung weder erklärbar noch sichtbar ist. Die „Lust am Meinungskampf“, die der CDU-Mitbegründer und Zeitungswissenschaftler Emil Dofivart noch als „Wesensmerkmal“ der Deutschen benannt hat, ist vollständig in den Hintergrund getreten. Politik ist allerdings auf den sachlichen Streit um die beste Lösung angewiesen. Die Abwägung von Alternativen in der offenen Debatte ist Teil des politischen Wettbewerbs in einem parlamentarischen System.

Diese Streitaversion der Wähler wiederum ruft bei vielen Politikern den Reflex hervor, konfliktive Themen und Begriffe, die abschrecken und verwirren, zumindest verbal wieder „abzurüsten“. So wird aus der handfesten „Rezession“, der verharmlosende, ja absurde Begriff des „Minuswachstums“ und aus der Stagnation das „Nullwachstum“. Aus dem Kampfeinsatz wird der Einsatz, der mit einem „robusten Mandat“ ausgestattet ist. Die „Energiewende“ greift mit der „Wende“ einen Begriff auf, der bei den Menschen in den neuen Ländern, die sich in der friedlichen Revolution engagiert haben, ungute Assoziationen hervorruft. Zu den besonderen politischen Unwörtern, die zur Entfremdung zwischen den Bürgern und den Parteien einen deutlichen Beitrag leisten, gehört der „vorpolitische Raum“, der eine künstliche Grenze zwischen Volk und Partei zieht. „Die Menschen da draußen“ und der „kleine Mann auf der Straße“ sind ebenfalls Klassiker der verbalen Fehlgriffe. Einen Namen muss jedes Kind tragen, aber Kürzel wie EFSM und Wortneuschöpfungen wie Hartz IV oder Agenda 2010 verbergen, was hinter ihnen steckt, und tragen ebenfalls nicht dazu bei, Politik transparenter zu machen.

Im Gegenteil: Viele Bürger schrecken zurück vor so viel Kauderwelsch, Worthülsen und Fachchinesisch. Sie gewinnen den Eindruck, dass sich hinter neuen Vokabeln noch mehr verbirgt und ihnen nur die halbe Wahrheit präsentiert wird. Es vermag kaum verwundern, dass der Bürger die Absicht des „Einlullens“ erkennt, sich nicht ernst genommen fühlt und verärgert oder enttäuscht reagiert. Die Folge: Er zieht sich weiter zurück von der Politik und wird misstrauischer.

Ein sprechendes und unfreiwillig deutliches Beispiel für die Sprachbarrieren zwischen Politik und Volk liefert ausgerechnet der Deutsche Bundestag. Bezeichnend ist die Tatsache, dass aus der

Vielzahl von hilfreichen Broschüren, die das Parlament über seine Geschichte und seine Funktionsweise veröffentlicht hat, eine Publikation besonders ins Auge fällt: Dieses Heftchen trägt den vielversprechenden Titel *Parlamentsdeutsch*. Auf 84 Seiten sind Begriffe wie Diäten, Hammelsprung und Überhangmandat, aber auch andere Termini erklärt. Sosehr ein solches „Wörterbuch“ auf den ersten Blick einleuchtet, zeigt dieses Heftchen ein Dilemma auf: Offensichtlich braucht es ein solches Lexikon, um den Bürgern die Welt des Parlaments auf „Normaldeutsch“ zu übersetzen.

Transparenz schafft Vertrauen

Kein Zweifel: Mehr Transparenz in der politischen Kommunikation, das offene Wort, mag eine strategische Herausforderung, ja eine Zumutung für den politischen Betrieb darstellen. Denn freilich kann es auch im Interesse eines politischen Ziels, ja sogar zwingend erforderlich sein, Informationen zu dosieren oder das „Timing“ der Veröffentlichung sorgfältig zu planen. Mehr Transparenz kann bisweilen sogar vorübergehend Wählerstimmen kosten. Ein gewählter Vertreter des Volkes wird seinem durch den Wähler an ihn übertragenen Auftrag aber nicht gerecht, wenn er sich nicht auch jenseits des Wahlaktes Gedanken darüber macht, ob sein Handeln legitim ist. Größtmögliche Transparenz schafft immer auch Legitimität. Und sie erzeugt langfristig die wichtigste Währung, mit der Politiker handeln müssen: Vertrauen. Dieser Neuaufbau einer belastbaren Vertrauensbasis wiederum produziert die Nähe zwischen Bürger und Partei, die für die Rückkehr der Volksparteien zu alter Kraft so dringend notwendig ist.

Gerade die christlichen Demokraten sehen sich hier normativ besonders gefordert: Wer sich so explizit auf das christliche Menschenbild beruft, wie das die christliche Demokratie in ihrer Pro-

grammatik tut, der trägt, auch was seine Sprache betrifft, eine besondere Verantwortung. Es geht dabei um den Kernsatz der katholischen Soziallehre, der, wie Oswald von Nell Breuning so schön formuliert hat, auf einem Daumen passt: „Die menschliche Person ist Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Lebens und Handelns.“ Umgesetzt auf die politische Kommunikation, bedeutet das einerseits ernsthaft zu sein und sich um Begriffsklarheit, um Sachlichkeit, um die beste Lösung zu bemühen. Ernsthaftigkeit und Menschlichkeit dürfen sich in diesem Verständnis aber nicht ausschließen. Die Distanz, die kühle, die technische Sprache mag auch ernsthaft, ja auch sachgerecht sein, menschlich ist sie nicht. Und um diesen theoretischen Gedanken noch deutlicher auf den konkreten Boden herunterzuholen: Viele Menschen – das zeigen die Umfragen – haben „Schwellenangst“, was die Parteien und ihre Arbeit betrifft. „Ich kann der Komplexität nicht folgen“, „Ich durchschaue die Vorgänge nicht“, „Ich traue mir ein politisches Engagement vor diesem Hintergrund nicht zu“ sind nur einige Aussagen, die diese Angst zutage treten lassen.

Demgegenüber steht in Zeiten „großer Unübersichtlichkeiten“, tief greifender Umbrüche und Unsicherheiten die Sehnsucht nach klaren Konzeptionen, klaren Bekenntnissen und geschlossenen Konzeptionen. Die Volksparteien haben deshalb ihre Daseinsberechtigung, weil nur sie am Ende noch dazu in der Lage sind, all diese unterschiedlichen Strömungen und Interessen aufzufangen.

Sie aber stoßen – und hier liegt das Dilemma – auf einen politischen Resonanzboden, der immer schwächer wird. Die Komplexität von politischen Sachverhalten wird deshalb von vielen Menschen als so drückend empfunden und der Wunsch nach einfachen Lösungen so in den Vordergrund gestellt, weil die Bereitschaft, sich über Politik zu infor-

mieren, so rasant gesunken ist. Allein in den letzten drei Jahren, so weiß das Allensbach-Institut zu berichten, hat sich der Anteil der Bevölkerung, der Wert auf gründliche Informationen legt, um Hintergründe und Zusammenhänge besser zu verstehen, von 52 auf 44 Prozent verringert. Und der Anteil derjenigen, der sich täglich politisch informiert, geht schon seit der Jahrtausendwende gravierend zurück.

Politische Bildung als Kernaufgabe

„Ahnungslosigkeit und Politikverdrossenheit korrelieren miteinander“, so schreibt der Politikwissenschaftler Franz Walter. Deshalb gilt es in erster Linie, die politische Unkenntnis noch intensiver zu bekämpfen und das Niveau der politischen Bildung massiv zu steigern. Ermutigende Erkenntnisse hat die Studie *Sprichst Du Politik* hervorgebracht: Nahezu 75 Prozent der befragten Jugendlichen kommen in der Schule mit Politik in Berührung. Hier liegt eine große Chance, wieder neue Grundlagen für eine maßvolle „Politisierung“ der Gesellschaft zu legen, vorausgesetzt es gelingt uns, die Lehrerinnen und Lehrer für ihre besondere Verantwortung bei der Vermittlung politischer Grundlagen zu sensibilisieren und die politische Bildung als Kernaufgabe auch der schulischen Bildung zu sehen und sie nicht nur auf die Arbeit der politischen Bildungswerke zu reduzieren.

Am Ende ist die Wiederaufnahme eines intensiven Dialoges zwischen Bürgern und Politik gar nicht so schwer, wie sie erscheint, und die Lösungswege und Handlungsmöglichkeiten sind konkret und klingen fast banal: der öffentlichen Rede mehr Bedeutung beizumessen, wo es auch immer geht; in großen Teilen frei zu sprechen und gestanzte Formulierungen zu vermeiden; in der Alltagssprache zu sprechen, direkt offen und unkompliziert; den Dialog zu suchen und jede Ge-

legenheit und alle Kanäle, nicht zuletzt die digitalen, zu nutzen, um Politik zu erklären; eine verständliche „Narrative“ erfinden, die auch die kleinen Details und die Auseinandersetzung über solche Details in einen größeren Zusammenhang stellt; die Erkenntnis zu beherzigen, dass Kommunikation keine Einbahnstraße ist, sondern zunächst auch vor dem eigenen Sprechen das genaue Zuhören erfordert – praktische Formate wie Bürgersprechstunden, wie themenoffene Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, die hinter dem Anglizismus „Townhall-Meeting“ stecken, erfreuen sich bereits erntepredchender Beliebtheit.

Bürgernähe und klare Ziele

Ein Missverständnis ist allerdings bei der Beherzigung solcher Ratschläge ganz dringend zu vermeiden: Verbale Bürgernähe darf nicht heißen, dem Bürger nach dem Mund zu reden und auf jede Form der politischen Führung zu verzichten. Der von Augstein zu Unrecht als rhetorisch fantasielos gescholtene Konrad Adenauer hatte da einen zeitlos gültigen Trick „drauf“: 1953 kommt Konrad Adenauer zu der Überzeugung, dass Deutschland wieder bewaffnet werden muss. Er fällt damit einen mutigen und umstrittenen Entschluss in den ersten

Jahren nach Gründung der Bundesrepublik. In derselben Zeit beginnen Allensbach und andere damit, Meinungsumfragen durchzuführen. Im Frühjahr 1953 kommt der Regierungssprecher Felix von Eckart zum Kanzler und sagt: „Herr Bundeskanzler, das mit der Wiederbewaffnung sollten Sie lassen. 83 Prozent der Bevölkerung sind dagegen. Bedenken Sie: Im Herbst ist Bundestagswahl.“ Adenauers klassische Antwort ist: „Nein, Herr von Eckart, ich werde das nicht lassen. Aber Sie werden viel Arbeit bekommen.“ Jeder weiß: Die darauffolgende Bundestagswahl wurde zur klaren Bestätigung der Politik Adenauers.

Die Moral aus der schönen „Geschicht“ ist: Man muss den Menschen nahe sein und hören, was sie sagen, aber immer wieder einmal muss man sie mit guten Argumenten und mit klaren Worten von der Wahrheit und den eigenen Zielen überzeugen. Dass Wolfgang Bergsdorf nicht nur wissenschaftlich für sprachliche (und inhaltliche) Klarheit in der Politik geworben hat, sondern in seinen vielfältigen Funktionen auch ganz praktisch zu einer angemessenen politischen Kommunikation beigetragen hat, bleibt sein großes Verdienst, und es bleibt seine Aufgabe, bei der ihm und uns allen Glück zu wünschen ist.

Helmut Kohl über Wolfgang Bergsdorf

„Nach meiner Wahl zum Bundeskanzler übernahm Wolfgang Bergsdorf im Bundespresseamt die Leitung der Abteilung Inland. Seit meinem Wechsel an die CDU-Spitze 1973 hatte Bergsdorf das Büro des Bundesvorsitzenden im Konrad-Adenauer-Haus geleitet. Er hielt die Kontakte zu wichtigen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Neben seiner beachtlichen wissenschaftlichen Qualifikation schätze ich bis heute den weiten, umfassenden Bildungshorizont des Professors für Politikwissenschaft, der jetzt Rektor der Universität Erfurt ist. Zu Bergsdorf wie zu Teltschik besteht bis heute eine enge persönliche Verbindung.“

Zitiert aus: Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990. München, 2005.